



Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Lohmann

Telefon: (0221) 221-24954
Fax : (0221) 221-28650
E-Mail: petra.lohmann@stadt-koeln.de

Datum: 19.06.2013

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.06.2013

öffentlich

8.3 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012

Frau Mucuk teilt mit, dass diese Vorlage aufgrund ihres Umfanges, ihrer Wichtigkeit und wegen der zu kurzfristigen Vorlage im Integrationsrat vertagt wurde. Es werde dazu eine Sondersitzung einberufen.

Grundsätzlich dankt sie für dieses gelungene Werk, in dem sichtlich viel Arbeit steckt. Sie stellt die Frage in den Raum, warum in dem seit Anfang 2011 ausgearbeiteten Papier trotz fortgeschrittener Zeit zu vielen Punkten noch immer vertröstet werde („Wird zu einem späteren Zeitpunkt bearbeitet“).

Herr Zschke lobt wesentliche Verbesserungen in der neuen Version des interkulturellen Maßnahmenprogramms, insbesondere die transparentere Darstellung von fachlicher Zuordnung und Finanzierung. Auch viele Diskussionspunkte aus der Praxis der freien Träger seien miteingeflossen. Er rege jedoch an, die Selbststeuerung und Leitung klar zu regeln.

Zu weiteren Fragen verweist er auf das als Tischvorlage verteilte Schreiben der Jugendhilfe und Schule e.V. und bittet um deren Beantwortung.

Da einige Entscheidungen aufgrund der Landesvorgaben bis Ende Juli getroffen werden müssen, rate er davon ab, den anstehenden Beschluss zu vertagen.

Herr Pfarrer Völker entnimmt dem Bericht, dass 47 % der vierjährigen Kinder mit Migrationshintergrund laut „Delfintest“ Sprachdefizite haben. Diese Zahl halbiere sich jedes Jahr, so dass bei Schuleintritt immer noch bei 12 % Förderbedarf existiere. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Nach langen und vielen Diskussionen müssen nun prioritär in diesem Bereich Maßnahmen ergriffen werden, wie beispielsweise einer gezielten Sprachförderung bereits im Kindergartenalter.

Wie auch die Mitglieder des Integrationsrates wünscht sich **Herr Pannes** mehr Zeit, das Maßnahmenprogramm in seiner ganzen Fülle durchzuarbeiten und plädiert dafür, weitere Diskussionmöglichkeiten zu schaffen.

Frau Jahn favorisiert einen Beschluss, wie er im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales getroffen wurde (Verweis ohne Votum), insbesondere wegen der fehlenden Priorisierungsliste.

Auch **Herr Krücker** vermisst im vorliegenden Handlungskatalog jedwede Priorisierung beziehungsweise Bewertung der einzelnen Vorschläge und hält die Vorlage damit für nicht beschließbar.

Herr Dr. Schlieben sieht einen Widerspruch zwischen dem Beschluss laut Vorlage und Punkt 1 des AVR-Beschlusses, und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Laufenberg kommt auf die schriftlich eingereichten Fragen Herrn Zschkes zurück und bittet die Verwaltung, diese bis zur angekündigten Sondersitzung des Integrationsrates zu beantworten.

Einen neuen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen und den Beschluss zu vertagen, hält **Frau Volland-Dörmann** für problematisch. So fordere man eine Fleißarbeit, die aufgrund der ständigen Änderungen in diesem Bereich ebenfalls wieder veraltete Programme abbilde.

Integration sei - wie auch Inklusion - eine Querschnittsaufgabe. Dies sei in dem vorliegenden Papier nicht durchgängig wiederzufinden. So werden Familienzentren beispielsweise nicht mehr exklusiv, sondern integrativ betrachtet und können damit im Grunde nicht mehr gesondert bewertet werden.

Mit einer solchen Sammlung von Projekten müsse man nun konstruktiv umgehen, anstatt sie wieder und wieder überarbeiten zu lassen. Es müsse demnach eine politische Debatte geführt werden, um eine jugendpolitische Strategie zu diesem Thema zu entwickeln, die dann einen *Orientierungsrahmen* für die Verwaltung bilde. Nur so könne Integration gelingen.

Auch **Frau Beigeordnete Dr. Klein** ermutigt, den Beschluss wie vorgeschlagen zu treffen, da ein weiterer Aufschub nicht zielführend sei. Mit Beschluss nehme der Ausschuss den Maßnahmenkatalog zur Kenntnis, der dann als Planungsgrundlage eingesetzt werde. Damit schließe man *nicht* aus, dass durch neuen Beschluss Projekte angepasst, verbessert oder neue Maßnahmen ins Leben gerufen werden.

Priorisierungen vorzunehmen, sei an vielen Stellen ohnehin nur schwer möglich. Wie könne etwa festgelegt werden, ob eine Förderung im Kita-Bereich wichtiger sei als im Grundschulbereich?

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Das „Interkulturelle Maßnahmenprogramm“ wird als auftragsgemäße Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis genommen.

Für die Umsetzung neuer Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien herbeizuführen.

Es gilt der grundsätzliche Vorbehalt der Finanzierbarkeit bei der weiteren Durchführung aller dargestellten Maßnahmen sowie der geplanten regelmäßigen Aktualisierung und Fortschreibung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

Mit der Kenntnisnahme des Rates ist die Erwartung an die Verwaltung verbunden, das Maßnahmenprogramm als Planungsgrundlage zu nutzen, um für das Handlungsfeld Integration im Rahmen der jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen geeignete Maßnahmen fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

Damit ist verbunden,

- die laufenden Maßnahmen innerhalb der Fachressorts regelmäßig hinsichtlich ihrer integrationsspezifischen Relevanz und Wirksamkeit zu überprüfen,
- die Vorschläge für neue Maßnahmen hinsichtlich der Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten zu bewerten,
- Kennzahlen zur Messung der Wirksamkeit aller durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Köln (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF Köln (1), Sportjugend (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

*Der vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrates zu dieser Vorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5, der Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales als Anlage 6 und das Schreiben des Jugendhilfe und Schule e.V. als Anlage 7 bei.*

Anlage 7:

Jugendhilfeausschuss am 11.6.2013

Anfrage zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm

1. Wann ist mit einer Neubesetzung oder Umorganisation des interkulturellen Referates zu rechnen und wie wird die bisherige sozialwissenschaftliche Leitung, Kooperation nach Innen, zwischen den Ressorts, regional und international geregelt?
2. Wie wird die Aufgabe einer städtischen Antidiskriminierungsstelle in Zukunft erfüllt?
3. Hält das Jugendamt die in Köln diskutierte Form des "diversity-managements" für geeignet, um interkulturelle Aufgaben der Jugendhilfeplanung adäquat zu planen und fachlich anzuleiten? Welche zusätzlichen Ressourcen, z.B. ressortspezifische Diversitystellen, würden dafür innerhalb des Jugendamtes benötigt?
4. Welche Anregungen wären aus Jugendhilfesicht für das Interkulturelle Maßnahmenprogramm zu geben, um einer gegenseitigen Verstärkung von Einkommensarmut und Schulproblemen bei Migrantenkindern vorzubeugen?

Dr. Wolfgang Zschke
Jugendhilfe und Schule e.V.

-V/2-

Herrn Vetter, m.d.B. um Beantwortung der Fragen aus Anlage 7 zur Sondersitzung des Integrationsrates. Bitte nehmen Sie den Jugendhilfeausschuss ebenfalls in die Beratungsfolge mit auf.